



Industrie- und Handelskammern  
in Bayern

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

**Ihr Ansprechpartner**  
Katharina Toparkus

**Mail**  
toparkus@muenchen.ihk.de

**Telefon**  
089 5116-1227

**Datum**  
06.11.2024

### **Bayerische Wirtschaft: Trump-Sieg bedeutet noch mehr Gegenwind**

Gößl: „Unternehmen erwarten schlechtere Geschäftsbeziehungen zu den USA“

München – Die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten dürfte für die bayerische Wirtschaft eine weitere Belastung auf dem Weg aus der aktuellen Krise darstellen, so der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) in einer ersten Reaktion auf das Ergebnis. „Mehr als die Hälfte der bayerischen Unternehmen erwarten mit Trump schlechtere Wirtschaftsbeziehungen zu den USA. Auch das globale Handelsklima dürfte insgesamt deutlich rauer werden“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl unter Bezug auf eine BIHK-Umfrage vor der Wahl. Nur ein Sechstel der Unternehmen erwarten demnach bessere Wirtschaftsbeziehungen zu den USA unter einer Trump-Regierung.

„Die Handelspolitik von Trump zielt mit dem zuletzt von ihm angekündigten Generalzoll von 20 Prozent klar auf eine weitere Abschottung des US-amerikanischen Marktes ab. Dies trifft die bayerische Wirtschaft direkt“, so Gößl weiter. Die USA sind für die bayerische Wirtschaft mit Abstand das wichtigste Exportland – das Ausfuhrvolumen lag 2023 bei 28,5 Milliarden Euro – sowie das wichtigste Investitionsziel im Ausland. „Harte US-Handelssanktionen gegenüber China und anderen Drittstaaten könnten das gesamte globale Wirtschaftssystem destabilisieren. Damit steht das Geschäftsmodell unserer Wirtschaft, das vor allem in der Industrie auf dem freien Welthandel basiert, immer mehr in Frage“, sagt der BIHK-Chef. Auch bei Themen wie Sicherheitspolitik und globaler Finanzstabilität wachse unter Trump die Unsicherheit erheblich.

„Umso wichtiger ist aber nun, dass Deutschland und Europa ihre Hausaufgaben machen und alle eigenen Kräfte mobilisieren. Es geht um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Dazu braucht es mehr Investitionen, mehr Anstrengung und eine radikale Entschlackung der Bürokratie. Andere werden uns nicht helfen. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen“, so Manfred Gößl.